



Foto: Behling

Dunkle Wolken über der Reederei Elbferry: Die Fortsetzung der Betriebsführung ist „nicht vertretbar“

# Elbferry muss die Segel streichen

Corona belastet den Start, Hilfszahlungen werden abgelehnt, LNG-Preise explodieren

Auf den durch verschiedene Unternehmen in den zurückliegenden 20 Jahren gestarteten Versuchen, einen regelmäßigen Fährverkehr zwischen Cuxhaven/Niedersachsen und Brunsbüttel/Schleswig-Holstein einzurichten, ruht weiterhin kein Segen.

Das trifft nun auch für die vorläufig letzte Initiative auf dieser Route zu, die durch die Reederei Elbferry GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 1. März des Jahres gestartet wurde. Sie stellte mit sofortiger Wirkung ihren Dienst ein.

Die Betriebsaufnahme mit einer aus Norwegen eingekauften, im reinen Flüssigerdgas-Modus fahrenden RoPax-Doppelendfähre (Baujahr 2007) wurde jedoch gleich zu Beginn vom äußerst ungünstigen Verlauf der Corona-Pandemie überschattet. Dabei hatte das Unternehmen für den mit der modernen „Greenferry I“ betriebenen Service auf kräftigen

Rückenwind durch das Oster- und auch das Pfingstgeschäft gehofft. Doch die Lockdown-Entscheidungen der Bundesregierungen durchkreuzten diese Pläne. Erwartete und eingeplante Mengen bei Pkw, Wohnmobilen und auch Passagieren blieben aus. Das Frachtaufkommen allein reichte nicht aus. Erst im Verlauf des Sommers zeichnete sich für die Reederei so etwas wie ein Silberstreif am Horizont ab.

Parallel zum laufenden Fährbetrieb hatte sich die Reederei darum bemüht, auch in den Genuss von staatlichen Sonderzuwendungen aus den verschiedenen Corona-Unterstützungsprogrammen zu kommen. Es ging dabei konkret um rund 800.000 Euro. Für zusätzlichen Druck sorgte auch bei der Elbferry, dass die Preise für das umweltfreundliche LNG als Folge eines weltweiten Nachfragebooms bei Energie geradezu explodierten.

Dann eskalierte die Entwicklung: Am 18. November musste der Insolvenzantrag gestellt werden. Der Bremer Rechtsanwalt Berend Böhme wurde zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt. Auf seine Initiative hin wurden die am Fortbestand der Verbindung interessierten Stakeholder am 2. Dezember zu einem runden Tisch eingeladen. Doch außer dem Wunsch, diese Verkehrsachse aufrechtzuerhalten, passierte nichts. Die Bitte um finanzielle Überbrückungshilfen gerade in den verkehrsschwachen Monaten blieb unbeantwortet. Als dann noch die im Sommer beantragten Corona-Hilfen abschlägig beschieden wurden, und zwar auch im Widerspruchsverfahren, gab es nach Darstellung der Reederei nur noch einen Weg: die Einstellung der Verbindung mit sofortiger Wirkung. „Eine weitere Betriebsfortführung“ sei „betriebswirtschaftlich nicht vertretbar“, so der vorläufige Insolvenzverwalter. ■ EHA